



Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn  
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: [BBU-Bonn@t-online.de](mailto:BBU-Bonn@t-online.de), Homepage: [www.BBU-online.de](http://www.BBU-online.de)  
Facebook: [www.facebook.com/BBU72](https://www.facebook.com/BBU72)  
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

## BBU-Newsletter

17. Jahrgang, Nummer 04 / 2020

\*\*\*\*\*

### ***Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde,***

für den 12.12.2020 hatten die BBU-Mitgliedsinitiativen AgiEL und Elternverein Restrisiko Emsland zur Teilnahme an einer Mahnwache vor der Brennelementefabrik in Lingen aufgerufen. Mehr dazu unter <https://atomstadt-lingen.de/demo>



Während in vielen Orten die Diskussion über ein mögliches Atommüll-Endlager vor der eigenen Haustür begonnen hat, produzieren im Emsland und anderswo weiterhin AKW und Atomfabriken hochgefährlichen Atommüll. Der BBU unterstützt (international) die Proteste für den sofor-

tigen Atomausstieg, damit diese Atommüllproduktion endlich gestoppt wird.

Bitte unterstützt die Arbeit des BBU mit einer vorweihnachtlichen Spende, damit wir auch in der anhaltenden Corona-Zeit weiterhin kräftig als Dachverband der Bürgerinitiativen im Umweltschutzbereich Flagge zeigen und Aktivitäten koordinieren können. Jeder gespendete Euro ist ein wichtiger Beitrag für den Umweltschutz und unterstützt die engagierte Arbeit des BBU.

**BBU-Spendenkonto:**  
**Sparkasse Köln/Bonn, IBAN: DE62 3705 0198 0019 0026 66, SWIFT-BIC: COLSDE33. Stichwort: Spätherbst 2020**

Der BBU-Vorstand, die BBU-Geschäftsstelle und die BBU-Newsletter-Redaktion wünschen Euch noch einige angenehme Spätherbsttage

## **Aus Vorstand und Geschäftsstelle**

### **Aktuelle Informationen des BBU ...**

... findet man immer unter <https://www.facebook.com/BBU72> sowie unter <https://bbu-online.de/Presse.htmr>. Und bei konkreten Fragen oder Aktionsvorschlägen einfach eine E-Mail an den BBU senden: [BBU-Bonn@t-online.de](mailto:BBU-Bonn@t-online.de)

## **Themenbereiche**

### **Artenschutz**

#### **Staatswälder müssen Vorreiter für Wildnis und Artenvielfalt sein – 20 Prozent der natürlichen Entwicklung überlassen**

Die nordrhein-westfälischen Naturschutzverbände Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt (LNU) und Naturschutzbund Deutschland (NABU) fordern eine klare Ausrichtung der NRW-Waldpolitik auf naturnahe und lebendige Wälder. Der heute vorgelegte Waldzustandsbericht dokumentiere einmal mehr auch das politische Versagen der Landesregierung. Die Naturschutzverbände fordern, dass das Land NRW in den eigenen Staatswäldern Vorreiter für eine natürliche Waldentwicklung werden müsse.

Hierzu gehöre insbesondere das Einräumen gänzlich ungestörter Bereiche und das Zulassen einer natürlichen Waldentwicklung. Für die mehrheitlich in kommunalem und Privateigentum stehenden Wälder in NRW gelte es parallel gute Förderprogramme zu entwickeln, um positive Anreize zu schaffen und möglichst viele Waldbauern auf diesem Weg mitzunehmen. Auch im Wald gäbe es Naturschutz nicht zum Nulltarif. In ihrer gemeinsamen Volksinitiative „Insekten retten – Artenschwund stoppen – Artenvielfalt NRW“ legen die Verbände konkrete Handlungsvorschläge für ‚naturnahe und wilde Wälder‘ vor.

Quelle, vollständiger Text und weitere Informationen: <https://artenvielfalt-nrw.de/aktuelles>

## **Die Wildkatze fühlt sich rund um Butzbach wohl:**

### **Vier verschiedene Wildkatzen nachgewiesen**

#### **Neue Erkenntnis: Vier Wildkatzen leben rund um Butzbach! Dank der Wildkatzenerfassung konnten zwei weibliche und zwei männliche Tiere festgestellt werden.**

Rund um Butzbach leben mindestens vier verschiedene Wildkatzen. Dies ist das Ergebnis der Wildkatzen-erfassung, die der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) in Zusammenarbeit mit dem HessenForst Forstamt Weilrod und der Stadt Butzbach in diesem Jahr im Butzbacher Wald durchführte. Die elf Haarproben, die von den sogenannten Lockstöcken abgesammelt wurden, ließ der BUND bei der Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung, Abteilung Wildtiergenetik, in Gelnhausen untersuchen und genetische Profile der Wildkatzen erstellen. Sie stammen von zwei männlichen und zwei weiblichen Wildkatzen, deren genetische Herkunft der Taunus-Population zugeordnet werden kann.



„Es gab bereits verschiedene Hinweise darauf, dass im Butzbacher Wald Wildkatzen leben“, so

Joachim Höller vom BUND Butzbach. „Wir freuen uns sehr, diese Hinweise nun mit sicheren Nachweisen bestätigen zu können. Dabei konnten die Wildkatzen sowohl im Wald rund um den Hausberg, als auch im Griedeler Markwald nachgewiesen werden.“ Ein Kuder, wie die männliche Wildkatze auch genannt wird, war besonders aktiv und hat insgesamt vier verschiedene Lockstöcke in teilweise kurzen Zeitabständen besucht. Dabei muss er auch mehrere Male die B3 nördlich von Butzbach gequert haben – eine gefährliche Situation für das Tier, ist doch der Straßenverkehr die häufigste unnatürliche Todesursache für die immer noch seltene Samtpfote. Auch ein Feldgehölz wurde durch den Kuder auf seinen Wanderungen öfter genutzt, was die Wichtigkeit solcher Strukturen außerhalb des Waldes für die Vernetzung der Wildkatzen-Lebensräume unterstreicht.

Möglich wurde die Untersuchung durch den Gewinn bei der Umweltlotterie GENAU im Oktober 2019, bei der das Projekt für den Zusatzgewinn von 5.000 Euro ausgewählt wurde.

Hintergrundinformationen

In Hessen leben schätzungsweise wieder rund 1.000 Wildkatzen. Einst durch massive Bejagung fast ausgerottet, steht die Art heute unter strengem Artenschutz und kann sich langsam wieder ausbreiten. Seit 2004 engagiert sich der BUND daher im Projekt „Rettungsnetz Wildkatze“ für den Schutz der gefährdeten Tiere und ihres Lebensraums. Das Ziel: Die Wälder Deutschlands wieder miteinander zu verbinden. Diese Lebensraumvernetzung stützt die biologische Vielfalt, sie hilft nicht nur der Wildkatze, sondern auch vielen weiteren Waldbewohnern wie Rothirsch und Luchs.

Gemeinsame Pressemitteilung des BUND Hessen & BUND Butzbach

Foto: Wildkatze reibt sich an einem Lockstock und hinterlässt dabei Haare am Holz, die anschließend untersucht werden. (Foto: blickpunkt natur – Helmut Weller)

Quelle: <https://www.bund-hessen.de/pm/news/die-wildkatze-fuehlt-sich-rund-um-butzbach-wohl-vier-verschiedene-wildkatzen-nachgewiesen>

## **Atomenergie**

### **Kerstin Rudek ist „Schönauer Stromrebellin 2020“**

Zum 17. Mal wird der Preis des/der „Schönauer Stromrebellin“ verliehen. Die Auszeichnung geht in diesem Jahr an Kerstin Rudek. Gewürdigt wird ihr jahrzehntelanger Kampf gegen das Endlager in Gorleben und ihr Engagement im internationalen Aktionsbündnis „Don't nuke the Climate“. Dieses Aktionsbündnis ist bestrebt, den Atomlobbyisten entgegen zu treten, die für eine Renaissance der Atomkraft werben, und zwar als angeblich CO 2 – freie Technologie.

Corona, Standortauswahlgesetz, Gorleben-Aus – da ging fast ein wenig unter, dass unsere ehemalige Vorsitzende, Kerstin Rudek, von den Elektrizitätswerken Schönau mit dem Preis „Stromrebellin 2020“ ausgezeichnet wurde. Eine wunderbare Würdigung ihres politischen Wirkens über nunmehr mehrere Jahrzehnte. Kerstin Rudek war von 2007 bis 2012 Vorsitzende der Bürgerinitiative. Ihre Amtszeit war geprägt von den größten Protesten gegen die Castor-Transporte ins Wendland, dem Super-Gau von Fukushima und den

zahlreichen und riesigen Protesten gegen die Laufzeitverlängerung. Ihr politisches Wirken lässt sich dabei jedoch nicht auf ihre Amtszeit als Vorsitzende reduzieren. Schon als Jugendliche engagierte sich Kerstin im Gorleben-Widerstand und ist bis heute aktiv und kämpferisch auch in Themenbereichen über die Anti Atom Bewegung hinaus. Nach der Katastrophe von Fukushima engagierte sich Kerstin verstärkt in der weltweiten Vernetzung. Mit Günter Hermeyer brachte sie das weltweite Bündnis „Don't nuke the climate“ auf den Weg. In stetiger Anbindung an die BI kümmert sich Kerstin Rudek weiterhin um die internationale Zusammenarbeit und den Austausch mit Aktiven in Lingen und Gronau. Herausragend sind nach wie vor ihre Aktionsbereitschaft, ihre Bemühungen um Vernetzung und ihre gelebte Solidarität.

Wir sagen herzlichen Glückwunsch und „.....es wird ein Lächeln sein, das sie besiegt.“

Magazin der EWS-Schöнау:

<https://www.ews-schoenau.de/energiewende-magazin/zum-glueck/kerstin-rudek-stromrebell-2020>

Pressemitteilung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. vom 20. November 2020

Quelle: <https://www.ews-schoenau.de/energiewende-magazin/zum-glueck/kerstin-rudek-stromrebell-2020>

## **Massive Kritik an OVG-Urteil zu Brennelementexporten: "Eil-Beschluss bedeutet Entrechtung der Bürger\*innen" / Bundesregierung muss in Lingen jetzt politisch eingreifen**

Mit großem Unverständnis und dem Aufruf zu neuen Protesten reagieren mehrere Anti-Atomkraft-Initiativen und Umweltverbände aus Niedersachsen und NRW auf die Eil-Entscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs vom Dienstag (Aktenzeichen 6B-2637/20). Das Gericht hat dem französischen Atomkonzern EDF-Framatome/ANF den Export von Brennelementen aus der Brennelementefabrik Lingen an die altersschwachen und störfanfalligen belgischen AKW Doel 1 und 2 erlaubt, obwohl in der Hauptsache noch die Klage einer Aachener Privatperson vor dem Verwaltungsgericht in Frankfurt anhängig ist. Den eigentlichen Fragen der AKW-Sicherheit und des Schutzes der Bürger\*innen gegen die atomaren Gefahren wich das Kasseler Gericht aus.

Sehr unverständlich war auch das Verhalten des beklagten Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), das sich vor Gericht mit einer sehr mageren Stellungnahme im Prinzip nur weggeduckt hat. Das BAFA untersteht in Atomfragen dem Bundesumweltministerium.

"Der jetzige Beschluss aus Kassel spiegelt die Rechtsauffassung von 1958 und spricht damit im Jahre 2020 den Bürger\*innen eine wirksame Klagemöglichkeit auf Grundlage des Atomgesetzes ab. Der Export der Brennelemente zum jetzigen Zeitpunkt schafft unwiderrufliche Fakten und erhöht massiv die Gefahr eines schweren Atomunfalls in Belgien. Knapp zehn Jahre nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima entrechtet das OVG die Bürger\*innen in Deutschland in diesem wichtigen atompolitischen Punkt. Der französische Brennelemente-Produzent EDF-Framatome/ANF darf in Lingen hingegen weiter den deutschen Atomausstieg unterlaufen und Hochrisiko-Atomkraftwerke in den Nachbarländern beliefern. Das ist unverantwortlich," so Gerd Otten vom Elternverein Restrisiko Emsland.

"Nun ist aus unserer Sicht die Bundesregierung dringend am Zug. Schon 2018 wollten CDU/SPD laut Koalitionsvereinbarung einen Exportstopp für Kernbrennstoffe herbeiführen. Anfang 2019 forderte der Bundesrat die Bundesregierung zu Taten auf und Ende 2019 legte das Bundesumweltministerium einen entsprechenden Gesetzesentwurf vor. Real geschehen ist bislang aber nichts. Die Bundesregierung muss das Atomgesetz dem Jahre 2020 anpassen, Bürger\*innenrechte garantieren und die gefährlichen Brennelementexporte sofort politisch unterbinden," erklärte Dr. Angelika Claussen von der Ärzteorganisation IPPNW.

**Weitere Infos:** <https://atomstadt-lingen.de>

Gemeinsame Pressemitteilung (leicht gekürzt) von 10 Initiativen und Verbänden, incl. BBU, vom 9.12.2020. Vollständig unter <https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202020/09.12.20.pdf>

## **IPPNW: Überalterte Atomkraftwerke gefährden Sicherheit und Gesundheit**

### **EU-Energieminister\*innen zur europäischen Energiepolitik Das älteste in Betrieb stehende Atomkraftwerk Beznau ist 51 Jahre alt.**

Angesichts der heutigen Videokonferenz der EU-Energieminister\*innen appelliert die Ärzt\*innenorganisation IPPNW an alle EU-Staaten, umfassend und gemeinsam in den Ausbau von erneuerbaren Energien zu investieren und überalterte Atomkraftwerke abzuschalten. Orientierendes Ziel für alle EU-Staaten muss sein, das 1,5°C-Ziel des Pariser Klimaabkommens in verbindliche nationale Ziele umzusetzen. Eine sogenannte „nukleare Wasserstoffstrategie“ lehnt die IPPNW ab. Bei dieser soll der Strom für die Produktion von Wasserstoff aus Atommeilern erzeugt werden, die nach dem aktuellsten Stand von Wissenschaft und Technik abgestellt werden müssten.

Atomkraft ist teuer, gefährlich und für die Klimarettung irrelevant. Das haben zahlreiche Studien nachgewiesen. Um nachhaltig und klimaneutral zu sein, muss Wasserstoff daher aus erneuerbaren Energien erzeugt werden. „Für ein zukunftsfähiges, nachhaltiges Europa können und müssen die EU-Länder innerhalb eines verbindlichen Zeitraums gleichzeitig aus Kohle und Atom aussteigen“, betont Dr. med. Angelika Claußen, Europavorsitzende der IPPNW.

Ein besonderes Problem stellen die vielen alternden Atomkraftwerke in den EU-Staaten dar: Sie gefährden Gesundheit und Leben der Bürger\*innen. Atomkraftwerke altern wie jede Technik. Es kommt zu Versprödungen, Wanddickenschwächungen und Korrosionsprozessen - besonders im Reaktordruckbehäl-



ter. Gegenmaßnahmen sind begrenzt. Dadurch wächst die Gefahr eines schweren Reaktorunfalls – der mit der Freisetzung von radioaktiven Substanzen die Ländergrenzen in Europa schnell überschreiten könnte. Circa 90 Prozent aller europäischen Reaktoren sind bereits älter als 30 Jahre. 17 Atomkraftwerke in Europa sind älter als 40 Jahre – dem Alter, für das sie ursprünglich gebaut wurden. Laut dem Atomphysiker und Juristen Wolfgang Renneberg ist die Sicherheit eines Atomkraftwerks spätestens nach 40 Jahren Laufzeit nicht mehr gewährleistet: Die alten Sicherheitskonzepte können dann dem aktuellsten Stand von Wissenschaft und Technik nicht mehr standhalten. Die ursprüngliche Betriebsgenehmigung hat damit ihre Legitimation verloren. Wegen der Vielzahl und der Komplexität der Alterungsprobleme müsste jedes 40 Jahre alte Atomkraftwerk stillgelegt werden. International verbindliche Regeln fehlen bisher. Das öffnet dem politischen Lobby-Druck der AKW-Betreiber Tür und Tor. Bisher existiert keine europäische Kontrollinstanz. Atomtechnologie ist die Grundlage für Atomwaffen. Atomwaffenprogramme wären ohne die zivile Nutzung der Atomenergie weder finanzier- noch realisierbar. Selbst der französische Präsident sagt offen, dass es ohne zivile Atomnutzung keine militärische Nutzung gäbe; ebenso ohne militärische Nutzung auch keine zivile Nutzung.

IPPNW-Pressemitteilung vom 14. Dezember 2020, Quelle:

<https://www.ippnw.de/startseite/artikel/de/ippnw-ueberalterte-atomkraftwerke-ge.html>

## Fracking / Gas- und Ölbohren

### **Bundesregierung fährt beim Fracking weiter mit Volldampf in den umweltpolitischen Abgrund – Fracking-Forschung soll wieder im Haushalt subventioniert werden**

„Auch der Entwurf des Bundeshaushalts 2021 macht klar, dass die Bundesregierung weiter auf die umweltzerstörende Fracking-Technik setzt. 4,75 Millionen Euro sind erneut für die Fracking-Forschung, den Dialogprozess vor Ort bei Probebohrungen und die Fracking-Kommission einschließlich ihrer Geschäftsstelle eingeplant. Dies ist gerade vor dem Hintergrund, dass in 2021 die Entscheidung über den Fortbestand des Verbots von Fracking in Schiefer-, Ton-, Mergel- und Kohleflözgestein durch den Bundestag getroffen werden soll, ein skandalöses Signal.“ erklärt Hubertus Zdebel, Bundestagsabgeordneter der LINKEN und Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit.

Quelle und weitere Informationen: <https://www.hubertus-zdebel.de/bundesregierung-faehrt-beim-fracking-weiter-mit-volldampf-in-den-umweltpolitischen-abgrund-fracking-forschung-soll-wieder-im-haushalt-subventioniert-werden>

## Friedensbewegung

### **Jahresrückblick 2020 des Netzwerkes Friedenskooperative**



Mit der Corona-Pandemie hat das Jahr 2020 die gesamte Gesellschaft vor eine riesige Herausforderung gestellt. Die Friedensbewegung war davon nicht ausgenommen. Auf zahlreichen Ebenen mussten wir als Netzwerk Friedenskooperative neue Wege für unseren Einsatz für eine friedlichere Welt finden. Gewohnte Selbstverständlichkeiten waren in diesem Jahr nicht oder nur unter Einschränkungen machbar. Die Corona-Krise hat unsere Arbeit auf so viele Arten auf den Kopf gestellt – und dennoch können wir auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken. Auch 2020 konnten wir eine Vielzahl an Aktivitäten der Friedensbewegung initiieren, durchführen und unterstützen. Und auch in diesem Jahr stand die Arbeit im Rahmen der vom Netzwerk Friedensko-

operative mitgetragenen Kampagnen im Zentrum unserer Arbeit

Quelle und vollständiger Text unter <https://www.friedenskooperative.de/2020>

## Klimaschutz

### **Keine Klimagerechtigkeit ohne Handelsgerechtigkeit**

Die internationale Fair-Trade-Bewegung fordert die Parteien der Klima-Rahmenkonvention UNFCCC auf, ihren Verpflichtungen aus dem Pariser Abkommen nachzukommen und faire Handelspraktiken in den globalen Lieferketten als unverzichtbar für Klimagerechtigkeit zu priorisieren. Die Klimakrise ist ungerecht - ihre Auswirkungen spüren diejenigen am stärksten, die am wenigsten dafür verantwortlich sind. Die Kleinbäuer\*innen im globalen Süden leiden unter den Auswirkungen des Klimawandels: Dürren und Überschwemmungen, veränderte Reife- und Erntemuster, neue klimabedingte Schädlinge, Unkraut und Krankheiten sowie geringere Erträge. Bei der COVID-19-Pandemie gilt dasselbe: Die am stärksten marginalisierten Bevölkerungsgruppen sind am meisten betroffen, da sich die Ausbreitung der Infektion und/oder Sperma-

Quelle und vollständige Erklärung: <https://www.fairtrade->

[deutschland.de/fileadmin/DE/newsimport/Presse2020/2020\\_Pariser\\_Klimaabkommen\\_Positionspapier.pdf](https://www.fairtrade-deutschland.de/fileadmin/DE/newsimport/Presse2020/2020_Pariser_Klimaabkommen_Positionspapier.pdf)

## Tesla-Ansiedlung

### **Waldrodung für Tesla-Fabrik vorerst gestoppt**

Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Berlin-Brandenburg hat heute beschlossen: "Die aufschiebende Wirkung des Widerspruches der Antragsteller (...) wird vorläufig bis zu einer abschließenden Entscheidung des Senats mit der Maßgabe wiederhergestellt, dass weitere Rodungsarbeiten und das Befahren des Waldbodens oder der Waldränder mit schweren Fahrzeugen bis dahin zu unterlassen sind." (Aktenzeichen OVG 11 S 127/20). Die Umweltverbände Naturschutzbund Brandenburg und Grüne Liga Brandenburg haben sich mit einer Beschwerde an das OVG gewandt, nachdem das Verwaltungsgericht Frankfurt (Oder) am heutigen Tag ihre Eilanträge gegen die Rodung abgelehnt hatte. Mit dem heutigen Beschluss wird den Verfahrensbeteiligten die Möglichkeit eingeräumt, zur angegriffenen Entscheidung des Verwaltungsgerichtes (VG 5 L 602/20) Stellung zu nehmen.

Quelle: <https://www.grueneliga.de/index.php/de/themen-projekte/weiteres/992-waldrodung-fuer-tesla-fabrik-vorerst-gestoppt>

## Tonergerfahren

### **Bundestagsfraktion Die Linke: Schutz vor ultrafeinen Partikeln durch Laserdrucker / nano-Control nimmt Stellung zur Antwort der Bundesregierung (Auszug)**

#### **Fakt ist**

- Tonerstaub (Industrieruß oder Carbon Black) ist an sich schon ein gefährlicher Stoff, darüber ist man sich einig (IARC: possibly carcinogenic to humans, Group 2B).
- Die Landesgewerbeanstalt Bayern fand in einigen Tonern krebserregendes Benzol, Nickel und zinnorganische Verbindungen.
- Toner als Farbstoff für die **Laserdrucker** und Kopierer ist umhüllt von Polyesterharz. Beim Druckprozess mit 200 Grad entsteht ein weitgehend unerforschter Mix aus potentiellen Schadstoffen im Bereich der ultrafeinen Partikel und Nanopartikel, die offenbar in der Lage sind, die Blut-Hirn-Schranke zu überwinden.
- Die Emissionen enthalten **giftige Schwermetalle** (Antimon, Aluminium, Eisen, Blei, Gold, Kobalt, Cadmium, Chrom, Kupfer, Mangan, Nickel, Palladium, Quecksilber, Silber, Silizium, Strontium, Titan, Zinn, Zink) und
- volatile organic compounds (**VOC**), z. B. Styrol, Toluol, Xylole und Aldehyde und
- polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (**PAK**) und weitere Stoffe, die u.a. Krebs auslösen können.
- Es entweichen Stoffe wie p-phenylendiamin (Auslöser für Allergien bei Friseuren) und **Gadolinium** (MRT-Kontrastmittel: seit Anfang 2018 vom Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte in Deutschland verboten).
- **ultrafeine Stäube (UFP) aus den Geräten sind gefährlich**  
*Lt. Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM) enthalten die **ultrafeine Emissionen**  $0,2 \pm 1.9\%$  feste Partikel.*

Quelle und vollständige Stellungnahme: <https://www.nano-control.org/bundestagsfraktion-die-linke-schutz-vor-ultrafeinen-partikeln-durch-laserdruckernano-control-nimmt-stellung-dazu>

## . Verkehr

### **Dannentröder Wald: Gemeinsame Erklärung zur Aktion am 6. Dezember 2020**

#### **Protest von Umweltverbänden, Fridays For Future und weiteren Akteuren der Zivilgesellschaft**

Die Spitzen mehrerer Umweltverbände, Fridays-For-Future-Sprecherin Luisa Neubauer, Förster Peter Wohlleben sowie weitere zivilgesellschaftliche Akteure haben sich heute am frühen Morgen im Dannentröder Wald vor die letzten noch stehenden Bäume und auf eine Baumhaus-Plattform gesetzt. Sie sind von Polizeikräften umstellt. In einem Moment, in dem die letzten Baumhäuser geräumt und die letzten Bäume gefällt werden, wollen sie unterstreichen, wie breit der Widerstand gegen eine zukunftsfeindliche Verkehrspolitik inzwischen ist. Durch den Dannentröder Wald soll ein Teilstück der Autobahn A 49 gebaut werden.

"Viele von uns stellen sich damit bewusst in die Tradition Ziviler Ungehorsams", heißt es in einer Erklärung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. "Landes- und Bundesregierung fordern wir eindringlich auf, die weitere Naturzerstörung zu beenden, die brenzlige Lage vor Ort aufzulösen und eine Verkehrsplanung umzusetzen, die nicht länger auf Kosten von Natur und Klima geht. Wir drücken unseren Respekt aus für den monatelangen, gewaltfreien Widerstand der Aktivistinnen und Aktivisten in den Baumhäusern, besonders auch von sehr jungen Menschen, die sich für unser aller Zukunft einsetzen."

**Text der Erklärung im Wortlaut und Quelle:** <https://www.robinwood.de/pressemitteilungen/dannentr%C3%B6der-wald-gemeinsame-erkl%C3%A4rung-zur-aktion-am-6-dezember-2020>

## Klimaaktivist\*innen besetzen Baum in Karlsruhe in Solidarität mit dem Dannenröder Wald

In Solidarität mit dem Widerstand gegen den Ausbau der A 49 im Dannenröder Wald besetzen heute, Samstag den 12.12., Karlsruher Aktivist\*innen einen Baum am Friedrichsplatz. Sie bauten ein Baumhaus und hängten Banner mit den Botschaften „Danni bleibt!“ und „Klimagerechtigkeit jetzt!“ auf. Damit protestieren die Aktivist\*innen gegen den Ausbau der A 49 und für eine grundlegende Verkehrswende.

Quelle und vollständiger Text: <http://www.scharf->

[links.de/47.0.html?&tx\\_ttnews\[tt\\_news\]=76020&tx\\_ttnews\[backPid\]=15&cHash=5061be15c0](links.de/47.0.html?&tx_ttnews[tt_news]=76020&tx_ttnews[backPid]=15&cHash=5061be15c0)

## Online-Veranstaltungen: Fußverkehr und Stadtplanung

Nach dem erfolgreichen Start mit dem Vortrag und der Diskussion zum Thema Fußverkehr und Stadtplanung, möchten wir Sie nun zur zweiten und dritten Veranstaltung einladen! Angesprochen sind alle, die das Zufußgehen fördern wollen: Laien, Planer\*innen, Behörden.

Am Donnerstag, den 7. Januar 2021, 18 Uhr, wird Wolfgang Packmohr (Polizeidirektor a.D.) uns das etwas sperrige Thema Unfallanalysen näherbringen: Wie kommen die Zahlen zu Stande und was bedeuten sie? Was tun, wenn die Erfassung nicht ausreicht? Welche generellen Erkenntnisse gibt es zu Fußverkehrsunfällen? Was passiert mit der Auswertung? Am Donnerstag, den 4. Februar 2021, 18 Uhr, wird Angelika Schlansky (Stadtplanerin) zum Thema Kinder im öffentlichen Raum – wie bewegen sie sich, wie werden sie bewegt referieren. Die Bewegungsradien der Kinder schrumpfen seit Jahrzehnten. Wenn Kinder sich selbst fortbewegen, dann oft nur bis zur nächsten Straßenecke, an der das Auto steht. Zeit für eine kritische Betrachtung der Kindermobilität unter den Aspekten Gesundheit, Erlebnis, Wirtschaft und der Kultur des Gehens. Im Anschluss an das ca. 20-minütige Impulsreferat wird es in dem einstündigen Online-Seminar Zeit für Fragen und Diskussionen geben. Interesse? Dann melden Sie sich bitte verbindlich bei der Geschäftsstelle per Mail an ([info@fuss-ev.de](mailto:info@fuss-ev.de)).

•Für den 7. Januar bitte mit dem Betreff „FUSS-Akademie Nr. 2

•Für den 4. Februar bitte mit dem Betreff „FUSS-Akademie Nr. 3

•Wenn Sie sich für beide Veranstaltungen anmelden wollen, schicken Sie bitte zwei separate Mails. Danke!

Sie erhalten rechtzeitig einen Link zur Teilnahme an dem kostenfreien digitalen Seminar mit begrenzter Teilnehmendenzahl, FUSS-eV-Mitglieder werden bevorzugt.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr FUSS-Geschäftsstellen-Team

PS: Wenn Sie unsere erste Veranstaltung zum Thema: Zufußgehen und Stadtentwicklung nachhören – und -schauen wollen, klicken Sie bitte hier:

<https://www.youtube.com/channel/UCM7ttry3DjU-Xq0ROOwc2zA>

PPS: Positionen und Infos zwischen unseren Newslettern auf <https://www.facebook.com/fussverkehr.de/> und auf [https://twitter.com/fussverkehr\\_de](https://twitter.com/fussverkehr_de)

Quelle: Newsletter des FUSS e.V. Fachverband Fußverkehr Deutschland vom 14. Dezember 2020

Weitere Infos der BBU-Mitgliedsorganisation FUSS e. V. unter <https://www.fuss-ev.de>

## Waldsterben

### Baumsterben im Strohgäu

Die trockenen Sommer setzen bekanntlich den Waldgebieten massiv zu. Ein trauriges Beispiel: Das Buchensterben im Strohgäu (Baden-Württemberg). Informationen dazu in einem Bericht der Stuttgarter Zeitung, der die BBU-Newsletter-Redaktion jetzt erreicht hat:

<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.baumsterben-im-strohgaeu-im-buchenwald-geht-der-stress-um.8f2bba05-2b10-4fce-9306-90b7a20cb05c.html>

Mehr zur Situation der Wälder in Ba-Wü unter <https://albverein.net/2020/07/09/waldsterben-2-0>

**Terminhinweise auf der BBU-Terminseite:** <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>

**Impressum:** BBU-Newsletter Nr. 03 / 2020, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletter (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Nächster Redaktionsschluss ist der 20.12.2020. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: [udo.buchholz@bbu-bonn.de](mailto:udo.buchholz@bbu-bonn.de). In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken. Wer den Newsletter nicht mehr beziehen möchte, kann ihn mit einer kurzen Email an [udo.buchholz@bbu-bonn.de](mailto:udo.buchholz@bbu-bonn.de) abbestellen.